Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses der Gemeinde Zetel am Montag, den 17.07.2017, um 18:00 Uhr im Rathaus Zetel, Sitzungssaal .

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Heiner Lauxtermann

Vorsitzende/r

Herr Klaus-Dieter Huger

Ratsvorsitzender

Herr Bernd Pauluschke

Beigeordnete/r

Herr Heinrich Meyer

Ratsmitglieder

Herr Claus Eilers

Herr Bernd Janssen

Herr Sönke Janssen

Herr Jörn Müller

Herr Fritz Schimmelpenning

Herr Hans-Jürgen Tebben

Von der Verwaltung

Herr Bernd Hoinke

Herr Detlef Kant

(zugleich als Protokollführer)

Gäste

Herr Sobolewski

(Aldi Immobilienverwaltung, zu TOP 4)

Herr Voss

(Architekt Aldi, zu TOP 4)

Entschuldigt fehlen:

stellv. Bürgermeister

Herr Fred Gburreck

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der anwesenden Ratsmitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 23.05.2017 (Öffentlicher Teil)

3. Durchführung der Einwohnerfragestunde
4. Erweiterung des Aldi-Verbrauchermarktes in Zetel; Vorstellung der Planung
5. Aufstellung der Außenbereichssatzung "Röbendiekenstraße" nach § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch
Vorlage: 059/2017
6. Bebauungsplan Nr. 121 "Südlich Kaiserborg"; Vorstellung des Sachstandes
7. Vorstellung des Bebauungsplanes Nr. 57 "Wohnpark Friesische Wehde", 2. Änderung (Verwaltungsausschuss am 14.02.2017, TOP 7)
8. Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der anwesenden Ratsmitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Huger eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die anwesenden Ratsmitglieder, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 23.05.2017 (Öffentlicher Teil)

Protokoll:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

zu 3 Durchführung der Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Huger unterbricht die Sitzung zur Durchführung der Einwohnerfragestunde.

zu 4 Erweiterung des Aldi-Verbrauchermarktes in Zetel; Vorstellung der Planung

Protokoll:

Anhand einer Powerpoint-Präsentation stellt Herr Sobolewski, ALDI Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, die geplanten Baumaßnahmen zur Erneuerung des Aldi-Verbrauchermarktes in Zetel vor. Nachdem er zunächst die historische Entwicklung der Firma Aldi aufgezeigt hat, geht er auf die Struktur der neuen Aldi-Märkte ein. Die Märkte werden durch zahlreiche Fenster und Oberlichter lichtdurchflutet sein. Die Ausgestaltung des In-

nenbereiches wie auch die äußere Struktur der Märkte stellen sich zeitlich modern dar.

Sodann erläutert Herr Voss, Architekt, an einer Bauzeichnung die Neugestaltung der Märkte. Der Verbrauchermarkt wird deutlich größer als der vorhandene sein. Die Rampe zur Belieferung des Verbrauchermarktes bleibt an gleicher Stelle hinter dem Gebäude. Da diese Rampe sich sehr nah an einem Wohngebiet befindet, ist ein Schallschutz erforderlich. Die Notwendigkeit des Schallschutzes wird nach der TA Lärm berechnet werden. Der Abstand der Rampe zum Neubaugebiet beträgt an der geringsten Stelle ca. 3 Meter. Mit dem Neubau wird das Gebäude den Bauteppich im hinteren Bereich um ca. 6-7 Meter überschreiten. Damit befindet sich zwar das Gebäude näher am Wohngebiet, doch sollen Immissionen durch Schallschutzmaßnahmen gemindert werden.

Ratsmitglied Schimmelpenning erkundigt sich, ob es möglich wäre, dass Gebäude näher an die Neuenburger Straße zu rücken, um so den Abstand zwischen Verbrauchermarkt und Wohngebiet zu vergrößern. Dieses ist, wie Herr Voss antwortet, grundsätzlich möglich, führt aber zum Verlust von Parkplätzen. Es wäre jedoch technisch auch möglich, das Gebäude zu spiegeln, indem die Rampe entlang der Neuenburger Straße errichtet wird und der Eingang in Richtung des Wohngebietes verlegt würde. Die Verbringung der Rampe an die Neuenburger Straße unter Berücksichtigung des Zulieferverkehrs wäre hinsichtlich der Lärmsituation sinnvoller.

Der Neubau des Verbrauchermarktes entspricht hinsichtlich der Baugrenzen nicht den Vorgaben des Bebauungsplanes. Eine Umsetzung der Maßnahme über die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes würde das Bauvorhaben beschleunigen. Er erkundigt sich, ob die Änderung des Bebauungsplanes im förmlichen Verfahren erforderlich sein wird und weist daraufhin, dass die Grundflächenzahl auch mit dem Neubau ebenso wie die Obergrenze der zu versiegelnden Fläche eingehalten wird. Bürgermeister Lauxtermann erwidert, dass die Erweiterung des Aldi-Verbrauchermarktes mit dem Neubau zunächst in den Fraktionen des Rates der Gemeinde Zetel beraten wird. Die Modernisierung des Verbrauchermarktes ist grundsätzlich interessant und positiv zu bewerten. Insbesondere der Lärmschutz und die Anordnung der Rampe werden von besonderer Bedeutung in den Beratungen sein. Sollte als Ergebnis der Beratungen die Zustimmung zu einem Neubau des Verbrauchermarktes vorliegen, wäre zu klären, ob die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes hinsichtlich der zu überschreitenden Baugrenzen genehmigt werden könnte, wenn ansonsten die Festsetzungen des Bebauungsplanes eingehalten werden.

Herr Voss führt weiter aus, dass der neue Verbrauchermarkt über breitere Gänge, bis zu einer Breite von 2,60 Meter, verfügen wird. Der Markt soll ebenso wie das neu zu errichtende Kunden-WC behindertengerecht ausgestattet werden. Die vorhandenen Parkplätze sollen den heutigen Fahrzeuggrößen angepasst und verbreitert werden.

Auf Anfrage des Beigeordneten Meyer, aus welchem Grunde die freie Fläche links des Verbrauchermarktes von der Neuenburger Straße aus gesehen nicht in die Erweiterungsmöglichkeit einfließt erläutert Herr Sobolewski, dass diese Fläche, soweit sie im Eigentum der Firma Aldi steht, Bestandteil des Erweiterungsplanes ist.

Die Lüftung des Verbrauchermarktes befindet sich derzeit auf der Seite in Richtung des Wohngebietes. Herr Voss betont aber, dass es sich um eine moderne leistungsfähige und sehr leise Anlage handelt. Diese könnte ggf. auch weiter in Richtung Straße versetzt werden, um das Wohngebiet zu entlasten.

Sodann geht Herr Sobolewski auf die wesentlichen Änderungen im Inneren des Marktes ein. Um einen ruhigeren Kundenfluss zu erreichen, werden neben den Hauptgängen durch den Markt zahlreiche Quergänge eingerichtet werden. Zudem ist es vorgesehen, das Backregal künftig von hinten zu bestücken, um den Kundenverkehr in den Laufstraßen nicht zu stören. In dem Markt sollen mehrere Temperaturzonen eingerichtet werden. Die Errichtung eines Kunden-WCs ist eine Neuerung in den Aldi-Verbrauchermärkten. Zur Eigenversorgung von Energie wird das Gebäude mit Solaranlagen versehen werden. Zudem wird eine Wärmerückgewinnung installiert, um die Heizung des Gebäudes ökologisch zu optimieren. Die Verlegung von Bodenfliesen, die Bebilderung und die Errichtung von Quergängen führen dazu, dass es sich um einen optisch ansprechenden, wie auch im Laufgeschehen ruhigen Markt handeln wird. Die Firma Aldi hat derzeit ca. 1150 Stammartikel im Bestand. Diese Anzahl soll nicht erhöht werden. Die Erneuerung des Verbrauchermarktes dient in erster Linie der Anpassung des Geschäftes an moderne Einkaufssituationen und der optischen Verbesserung des Ladengeschäftes. Zudem benötigen die sogenannten Gondelköpfe mehr Platz, so dass die Verkaufsfläche vergrößert werden muss. Gondelköpfe sind die an den Kopfen angebrachten Ausstellungsregale zur Darstellung besonderer Produkte. Die Beleuchtung wird künftig überwiegend dem Verlauf der Gänge folgen und nicht, wie bislang, quer zu den Regalen angebracht werden. Sie wird mit LED-Beleuchtung bestückt und soll das möglichst umfangreich zu nutzende Tageslicht ergänzen.

Ausschussvorsitzender Huger bestätigt, dass die Absicht zur Neuerrichtung eines Verbrauchermarktes in Zetel unter Berücksichtigung der heutigen Ausführungen zunächst in den Fraktionen zu beraten sein wird.

Auf Anfrage von Bürgermeister Lauxtermann antwortet Herr Sobolewski, dass es wünschenswert wäre, wenn die Baumaßnahmen in 2018 beginnen könnten. Dabei richtet sich aber die Firma Aldi nach den Beratungsbedarfen in den Gemeinden.

Ratsmitglied S. Janssen erkundigt sich, ob es während der Baumaßnahmen keinen Aldi-Verbrauchermarkt in Zetel geben wird. Herr Sobolewski erläutert, dass, sofern die zeitliche Anmietung entsprechender Räumlichkeiten möglich ist, der Aldi-Markt für die Dauer der Bauphase provisorisch in andere Räume umziehen würde. Die Bauzeit inklusive des Abrisses des jetzigen Gebäudes wird mit 8 - 10 Monaten angesetzt, wie er auf Anfrage des Beigeordneten Meyer ergänzt.

Ratsmitglied Müller erinnert an die umfangreichen Diskussionen bezüglich der Grenzabstände des jetzigen Gebäudes insbesondere zur Neuenburger Straße. Mit der vorliegenden Planung rückt das Gebäude erneut sehr nahe an die Grundstücksgrenzen sowohl an der Neuenburger Straße als auch in Richtung des Wohngebietes. Trotz erheblicher Diskussion wurde das Konzept seinerzeit nicht wie im politischen Raum beraten umgesetzt. Daher wird auch das jetzige Bauvorhaben in den Fraktionen gründlich zu prüfen

sein. Er erkundigt sich, ob mit der Errichtung des neuen Verbrauchermarktes ein dauerhafteres Konzept angestrebt wird. Herr Sobolewski macht deutlich, dass die Firma Aldi auch in der Vergangenheit bereits angestrebt hat, langfristig zu planen. Durch die jetzt anstehenden hohen Investitionen ist jedoch davon auszugehen, dass die neue Konzeption lange Zeit Bestand haben wird. Zudem begrenzt das vorhandene Grundstück weitere Baumaßnahmen. Er macht aber auch deutlich, dass er in diesem Fall nicht für die Geschäftsleitung sprechen kann.

Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt die Ausführungen und Erläuterungen zur Kenntnis. Die Erweiterung des Aldi-Verbrauchermarktes mit der Neuerrichtung eines Geschäftsgebäudes wird zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

zu 5

Aufstellung der Außenbereichssatzung "Röbendiekenstraße" nach § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch
Vorlage: 059/2017

Protokoll:

Anhand einer Planzeichnung stellt Gemeindeamtsinspektor Kant den vorgesehenen Bereich zur Ausweisung einer Außenbereichssatzung vor. Es handelt sich hierbei um kleinere Flächen, die den Baubereich entlang der „Röbendiekenstraße“ arrondieren. Insgesamt können zwischen 3 und 5 Bauplätze ausgewiesen werden. Der Verlauf der Nordwest-Ölleitung im westlichen Bereich mit den sich anschließenden Schutzstreifen bildet die westliche Grenze der Außenbereichssatzung. Damit ist ausgeschlossen, dass die Außenbereichssatzung in landwirtschaftlich genutzte Flächen auferf. Mit der Ausweisung einer Außenbereichssatzung werden zunächst keine Baurechte geschaffen, sondern lediglich bestimmt, dass in diesem Bereich grundsätzlich Wohnbauten errichtet werden dürfen, ohne dass die Restriktionen, die im Außenbereich Geltung haben, hier angewendet werden. Vorgesehene Bauvorhaben müssen sich in den vorhandenen Bestand einfügen.

Erster Gemeinderat Hoinke ergänzt, dass alle Ver- und Entsorgungsleitungen vorhanden sind.

Auf Anfrage des Ratsmitgliedes B. Janssen erwidert Gemeindeamtsinspektor Kant, dass die Größe und Ausgestaltung künftiger Bauplätze im Ermessen des Eigentümers liegt. Eine Parzellierung wird im Zuge der Aufstellung der Außenbereichssatzung nicht vorgenommen.

Beigeordneter Meyer erkundigt sich nach den entstehenden Kosten. Gemeindeamtsinspektor Kant erläutert, dass die Planzeichnung und die Aufstellung der Begründung verwaltungsseitig vorgenommen werden. Ein Planungsbüro ist nicht erforderlich. Es entstehen jedoch Kosten für die

Veröffentlichung und Beteiligung der Behörden, die von dem Eigentümer zu erstatten sind. Der Eigentümer als Antragsteller ist der alleinige Nutzer dieser Außenbereichssatzung, so dass die Kosten von ihm zu tragen sind.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss fasst sodann einstimmig nachfolgenden Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Aufstellung der Außenbereichssatzung nach § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB) „Röbendiekenstraße“.

Es ist das Verfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB zur öffentlichen Auslegung der Planunterlagen einzuleiten und es sind die Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB zur Stellungnahme aufzufordern.

zu 6

Bebauungsplan Nr. 121 "Südlich Kaiserborg"; Vorstellung des Sachstandes

Protokoll:

Gemeindeamtsinspektor Kant stellt wie bereits in der Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 23.03.2017 eine erste Konzeption zur Gestaltung eines Wohngebietes "Südlich Kaiserborg" anhand einer Planzeichnung vor. Er erläutert, dass derzeit die Aufnahme der natürlichen Gegebenheiten zur Erstellung eines Landschaftsberichtes und der Berechnung notwendiger Grünordnungsmaßnahmen vorgenommen werden. Außerdem sollen noch Bohrproben zur Erkundung des Baugrundes erfolgen. Im Zuge der Untersuchungen ist bekannt geworden, dass sich in dem Planbereich wahrscheinlich eine Moorlinse befindet, wie auch vor Ort in Form einer Senke und des Bewuchses mit Schilf erkennbar ist. Sollte sich herausstellen, dass diese Moorlinse tatsächlich existiert, wird zu prüfen sein, ob das Regenrückhaltebecken, welches derzeit im östlichen Bereich verortet ist, in den Bereich der Moorlinse verlagert wird. Dadurch kann sich die Konzeption noch verändern. Die Gesamtkonzeption mit der Zufahrt von der Neuenburger Straße, den vorgesehenen Ringstraßen zur Erschließung und der Möglichkeit der Ausweisung verschiedener Bauabschnitte soll jedoch beibehalten werden. Ziel ist es, für Anfang 2018 den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan zu avisieren um mit den Bautätigkeiten im Sommer 2018 beginnen zu können.

Erster Gemeinderat Hoinke ergänzt, dass östlich der vorgesehenen Flächen für eingeschränktes Gewerbe ein Teich vorhanden ist, der aber zur Zeit stark verschlammt und zugewachsen ist. Er bestätigt damit einen

Hinweis der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen". Dieser Teich sollte möglichst erhalten werden und ist dazu aufzureinigen und damit auch aufzuwerten. Die in dem Baugebiet vorhandenen Wallhecken sollen weiträumig unter Schutz gestellt werden. Es handelt sich um ein landschaftlich großes und sehr reizvolles Gebiet, das durch diese Wallhecken dominiert wird. Ein Erhalt würde nicht nur das Landschaftsbild weitestgehend verbessern, sondern auch notwendige Kompensationsmaßnahmen vermindern. Dazu sollen diese Flächen jedoch im Eigentum der Gemeinde verbleiben und nicht, wie in anderen Baugebieten, den anliegenden Grundstückeigentümern zur Nutzung überlassen werden. Zusätzlich sollen vor den Wallhecken ausreichende Schutzstreifen in einer Breite von bis zu 10 Metern zu Pflege dieser Bereiche angelegt werden. Die Planung und den zu künftigen Kaufpreis wird der Erhalt der Wallhecken nicht wesentlich beeinflussen. Für den östlichen Bereich der Gewerbeflächen hat sich bereits ein Investor vorgestellt, der dort ein eingeschränktes nicht störendes Gewerbe einrichten möchte. Die Erschließung dieses Bereiches kann von der Neuenburger Straße aus erfolgen. Diese Fläche wäre von der Gemeinde anzukaufen. Damit wäre die Gemeinde aber auch im Besitz der dort befindlichen Bäume, die es ebenfalls zu erhalten gilt. Die sonstigen derzeit noch als eingeschränktes Gewerbegebiet geplanten Grundstücke werden derzeit nicht intensiv nachgefragt. In dem Baugebiet soll auch eine Bebauung mit Mehrfamilienhäusern zugelassen werden. Diese soll jedoch nicht konzentriert, sondern sich, je nachdem wie es sich im Baugebiet anbieten wird, verstreut erfolgen. Der Entwässerungsplan wird unter Einbindung des Entwässerungsverbandes aufgestellt werden. Er macht auf Anfrage des Ratsmitgliedes B. Janssen deutlich, dass die Wallhecken weitestgehend erhalten werden sollen. Es kann nicht garantiert werden, dass der Gesamtbestand verbleiben wird, da im Einzelnen sicherlich auch ein Durchstoß der Wallhecke erforderlich werden wird, um angrenzende Flächen zu erschließen. Die Zuwegung von der Neuenburger Straße zum Baugebiet wird, wie er auf Anfrage des Ratsmitgliedes Müller erwidert, die einzige Zuwegung sein. Der Räumuferstreifen entlang der neu anzulegenden Bäche wird im Eigentum der Gemeinde verbleiben. Ratsmitglied Müller erkundigt sich, aus welchem Grunde die Wasserfläche von Bedeutung ist. Erster Gemeinderat Hoinke erläutert, dass der aufzureinigende Teich grundsätzlich keine technische Funktion hat, jedoch von hoher Wertigkeit für den Naturschutz ist. Zudem nimmt er nur wenig Fläche ein, so dass es sich auf das Gebiet nicht störend auswirkt.

Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt den Sachstand zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 121 "Südlich Kaiserborg" zur Kenntnis.

zu 7

Vorstellung des Bebauungsplanes Nr. 57 "Wohnpark Friesische Wehde", 2. Änderung (Verwaltungsausschuss am 14.02.2017, TOP 7)

Protokoll:

Gemeindeamtsinspektor Kant macht zunächst deutlich, dass der Aufstellungsbeschluss für die zweite Änderung des Bebauungsplanes Nr. 57 "Wohnpark Friesische Wehde" in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 14.02.2017 bereits gefasst wurde. Er stellt anhand einer Planzeichnung eine Änderung der Bauleitplanung vor. Während die Unterlagen, die dem Aufstellungsbeschluss zugrunde lagen, noch von einer Firsthöhe von 14 Metern ausgingen, ist diese jetzt auf 9,50 Meter reduziert worden. Tatsächlich hat das Planungsbüro fälschlicherweise die Höhe der Gebäude für die Seniorenanlage auf die Wohnbebauung an der Hauptstraße übertragen wollen. Diese ist jedoch mit 14 Metern deutlich zu hoch, wobei sich aber eine Firsthöhe von 9,50 Meter in das bestehende Ortsbild einfügen wird.

Ratsmitglied B. Janssen erkundigt sich, wie viele Grundstücke von der Änderung des Bebauungsplanes betroffen sein werden. Nach bisherigen Aussagen werden dieses voraussichtlich 2 - 3 Grundstücke sein. Er fordert, die Neubebauung im Einklang mit den benachbarten Häusern vorzunehmen. Die Anlieger sollten in die Planung eingebunden werden. Es hat sich gezeigt, dass die Nachbarschaft sich insgesamt gegen die Änderung des Bebauungsplanes ausspricht. Die Änderung dient offensichtlich lediglich den Plänen eines Investors, ist aber nicht im Interesse der Anlieger. Die Planung des Investors zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses wird sich nicht in diesen historischen Teil Zetels einfügen. Er sieht die Gefahr einer Gefälligkeitsplanung. Bei der Ausweisung von Flächen zur Errichtung eines Seniorenheimes wurden die Flächen entlang der Hauptstraße bezüglich der Größe und Kubatur möglicher Bebauungen ausdrücklich ausgespart. Die Mächtigkeit der zu errichtenden baulichen Anlagen zuzulassen führt zu sozialem Unfrieden. Daher spricht er sich nach den neusten Erkenntnissen gegen die Änderung des Bebauungsplanes aus. Erster Gemeinderat Hoinke erwidert, dass die Gebäude entlang der Hauptstraße bereits jetzt eine Höhe von bis zu 10 Metern aufweisen. Auf der anderen Seite der Hauptstraße sind auch zweigeschossige Gebäude vorhanden, so dass sich ein Mehrfamilienhaus in zweigeschossiger Weise nicht als Fremdkörper auf tun wird. Der Abriss älterer Häuser und die Errichtung neuer Anlagen zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen führt in diesem Falle zu einer Änderung der Bebauung. Er erinnert an die Ergebnisse aus dem Arbeitskreis zum demografischen Wandel zur Nachverdichtung des Ortskerns. Zudem zeigt er sich überzeugt, dass der Landkreis Friesland im vorliegenden Fall eine zweigeschossige Bauweise auch als Ausnahmeregelung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes hätte genehmigen können. Die Gemeinde hat sich jedoch für ein förmliches Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes entschieden, um so auch die Öffentlichkeit zu informieren und die Möglichkeit zu bieten, Anregungen und Bedenken einzubringen. Der Bedarf für zusätzlichen Mietwohnraum ist in Zetel unbedingte vorhanden. Er weiß, dass bereits jetzt ca. 27 Alten- oder Singlewohnungen in Zetel fehlen. Trotzdem spricht sich Ratsmitglied B. Janssen gegen die Bauleitplanung aus, da nach seiner Auffassung dem Ansinnen eines einzelnen Investors gefolgt wird und die Fläche im Sinne der Bauplanungen des Investors aufgewertet werden.

Ausschussvorsitzender Huger macht deutlich, dass die vorgestellte Änderung der Planung zur Versachlichung der Diskussion beitragen wird. Die Ausführungen, die in den letzten beiden Ausgaben des "Wehdeblick" zu finden waren, sind offensichtlich journalistisch nicht recherchiert und falsch. Auf diese Artikel muss nicht reagiert werden. Er stellt fest, dass der Umwelt- und Planungsausschuss die Berichtigung der Bauleitplanung zur Kenntnis genommen hat.

zu 8 Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

1. Ratsmitglied B. Janssen lobt, dass sich die öffentlichen Beete hinsichtlich der Bepflanzung und Pflege inzwischen verändert haben. Er weist aber darauf hin, dass in der Bahnhofstraße in mehreren Bereichen Abfall in den Beeten zu finden ist. Auch der Fahrradständer vor dem ehemaligen Ärztehaus ist inzwischen teilweise zugewachsen und abgängig. Er sollte entfernt werden. Im Übrigen sollte mit der Bepflanzung der Beete wie bereits erfolgt fortgeföhren werden.
2. Ratsmitglied B. Janssen erkundigt sich, ob nichtzugelassene Fahrzeuge im öffentlichen Straßenraum abgestellt werden dürfen. Er verweist auf ein entsprechendes Fahrzeug, das im Gewerbegebiet Rossfelde vor der Spedition Tönjes abgestellt ist.
3. Ratsmitglied B. Janssen erinnert an den Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" auf Bepflanzung des Driefeler Esch mit niederwüchsigen Pflanzen. Dieser Antrag wurde zunächst zurückgestellt, weil ein zweiter ähnlich lautender Antrag der SPD/FDP Gruppe eingereicht wurde. Nachdem dieser aber nun abgearbeitet ist, bitte er auch den Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" aufzunehmen, so dass in der nächsten Vegetationspause die Bepflanzungen umgesetzt werden können.